

Startseite › Region › Hochtaunus

Neue Unterkunft für 300 Geflüchtete

20.12.2023, 04:51 Uhr

Von: [Anke Hillebrecht](#)



Das zuvor vom Bad Homburger Betriebshof genutzte Gelände in der Steinmühlstraße am westlichen Rand von Ober-Erlenbach ist komplett geräumt. Dort sollen Wohncontainer für Geflüchtete entstehen. © hko

Hochtaunuskreis will Einrichtung in Ober-Erlenbach bauen lassen - Betreiber gesucht

Hochtaunus -Bis vor Kurzem war das städtische Gelände an der Steinmühlstraße 12c noch ein Lagerplatz für den Bad Homburger Betriebshof und die Stadtwerke. Nun ist das Areal geräumt. Wie der Hochtaunuskreis auf Nachfrage mitteilt, will er im dortigen Gewerbegebiet eine neue Gemeinschaftsunterkunft (GU) für Geflüchtete bauen lassen. Eine „qualitativ hochwertige Gemeinschaftsunterkunft“ solle zwischen dem Nordrand von Ober-Erlenbach und der A5 errichtet werden, so Sozialdezernentin Katrin Hechler (SPD). Wie viele Geflüchtete dort untergebracht werden sollen und wann, das stehe erst „nach Festlegung des Vertragspartners“ fest. Dem

Vernehmen nach sollen dort 300 Menschen wohnen.

Auch wer die Unterkunft bauen und wer sie betreiben soll, steht noch in den Sternen. Der Kreis habe „ein Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gestartet“, heißt es aus der Pressestelle des Landratsamtes. Dessen „Ziel ist es, einen zuverlässigen Partner für die Errichtung“ zu finden. Im Wettbewerb seien interessierte Firmen dazu aufgerufen worden, ihre Angebote für Planung, Bau und Instandhaltung des Gebäudes einzureichen. Auch das „Facility Management“ mit Hausmeister- und Reinigungsdiensten gehört zum Anforderungsprofil.

„Wir sind offen für innovative Bauweisen, sei es in Container- oder Modulbauweise, wobei unser Fokus auf Nachhaltigkeit und langfristiger Wohnqualität liegt“, erklärt Hechler. Ob Bau und Betreuung der Unterkunft als Paket vergeben werden oder ob es getrennte Aufträge dafür gibt, hänge von den eingereichten Angeboten und Konzepten ab.

Der Auswahlprozess gliedere sich in zwei Phasen: Nach dem Teilnahmewettbewerb folge nun eine Angebotsphase, in der die geeignetsten Bieter ihre erweiterten Konzepte und ihr finales Angebot präsentieren. Die endgültige Entscheidung, mit welchem Unternehmen das Projekt durchgeführt wird, erfolge mit Zustimmung der Kreisgremien.

In ein bereits bestehendes Gebäude, in dem aktuell noch die Stadtwerke sitzen, sollen außerdem 500 Meter weiter, am Ende der Steinmühlstraße, weitere 90 Geflüchtete einziehen. Bad Homburgs Rathaussprecher Marc Kolbe schätzt, dass es im Sommer 2024 so weit sein könnte. Ende Februar könnten die Stadtwerke dort aus- und in ihre neue Niederlassung im Gewerbegebiet Mitte einziehen. Anschließend wird das Bürogebäude zu einer Wohnunterkunft umgebaut. Bad Homburgs Sozialdezernentin Lucia Lewalter-Schoor (SPD), die noch bis Februar im Amt ist, möchte dort ein spezielles Betreuungskonzept mit Deutschkursen und dem Einsatz auch von Ehrenamtlichen verwirklichen. Nachts, so Kolbe, werde ein Sicherheitsdienst eingesetzt.

Weitere 90 Personen in Stadtwerke-Gebäude

Derzeit bringt Bad Homburg rund 400 Geflüchtete unter - anerkannte und Menschen, deren Asylverfahren noch läuft. Hinzu kommen laut Kolbe 200 Personen aus der Ukraine. Das sei wenig für eine Stadt in der Größe; das Kontingent werde mit den neuen Einrichtungen steigen.

Hinweise auf die Pläne zur neuen Unterkunft gab es in der Bad Homburger Politik: Am 6. Dezember wurde im Finanzausschuss bekannt, dass die Stadt 600 000 Euro, die für die Errichtung von Wohncontainern an der Steinmühlstraße vorgesehen waren, anderweitig investieren kann - dieses Geld fließt nun in die Finanzierung des Sportzentrums Süd, dessen Bau teurer geworden ist. Die FDP hatte im Wirtschafts- und Finanzausschuss nachgehakt, ob denn keine Flüchtlinge mehr kämen. Von der CDU hieß es, möglicherweise baue jemand anders und die Verwaltung wisse schon, was sie tue.

Schnelle Lösungen gibt es nicht

Auf Turnhallen musste der Hochtaunuskreis in der gegenwärtigen Situation bislang nicht ausweichen. Gleichwohl wird im Landratsamt fieberhaft nach neuen Standorten gesucht. Denn derzeit werden dem Kreis 60 bis 70 Personen pro Woche zugewiesen. Da immer wieder anerkannte Geflüchtete

auszögen, erhöhe sich die Gesamtzahl zwar, aber nicht in vollem Umfang, erklärt Kreis-Sprecher Alexander Wächtershäuser. „Sobald Geflüchtete eine entsprechende Anerkennung ihres Flüchtlingsstatus erhalten, können sie aus der Gemeinschaftsunterkunft ausziehen und eine private Wohnung im Kreis suchen.“

„Aufgrund der hohen Zuweisungszahlen werden die freien Plätze für Flüchtlinge natürlich immer weniger“, räumt der Sprecher ein. So seien im Herbst schon mal „übergangsweise einige Gemeinschaftsräume in den Unterkünften“ zu Schlafplätzen umgewandelt worden.

Derzeit leben rund 5500 geflüchtete Personen im Kreis, davon 2900 in den 60 Gemeinschaftsunterkünften unterschiedlicher Größe. Ein Drittel der Menschen ist laut Kreis als Asylbewerber anerkannt.

Um mehr Flüchtlinge unterzubringen, würden „schon seit längerer Zeit verschiedene Optionen geprüft“, sagt Wächtershäuser. Die Gespräche seien „gut“, allerdings „auch zeitintensiv - schnelle Lösungen sind aufgrund der vielen Detailfragen, die abgeklärt werden müssen, oftmals nicht möglich“. Oft liege es am mangelhaften Brandschutz.

Auch in Oberursel mussten sich die Stadtverordneten kürzlich recht schnell entscheiden, ob sie dem Bau eines Gebäudes für 150 Geflüchtete an der Karl-Hermann-Flach-Straße zustimmen sollten - was sie mit Ausnahme der AfD einhellig taten. Und demnächst wird ein Teil der Vitos-Klinik in Friedrichsdorf mit Flüchtlingen belegt.

Die meisten Geflüchteten kommen derzeit aus Afghanistan, der Türkei, dem Iran und der Ukraine. „Es leben aktuell rund 3200 ukrainische Flüchtlinge im Hochtaunuskreis“, so Wächtershäuser. 600 von ihnen seien in GUs untergebracht - sie sind Teil der 2900 Personen in den Gemeinschaftsunterkünften. Manche hatten indes das Glück, eine Wohnung vermittelt zu bekommen.

Ukrainerinnen im Altenpflegeheim

15 Menschen aus der Ukraine wohnen im Flersheim-Stift, einem Altenpflegeheim am Rande des Homburger Kurparks, und das schon seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs. Die Zimmer wurden dem Kreis über die Stadt „im Rahmen der großen Hilfsbereitschaft“ zu dieser Zeit gegen eine Mietzahlung angeboten.

Ursprünglich sollten diese Zimmer im Erdgeschoss zu einer Kita ausgebaut werden; davon erhofften sich Stadt und Heimbetreiber EVIM einerseits mehr Kita-Plätze und andererseits positive Effekte für Alte und Kinder. Doch von der 2018 vorgestellten Idee einer Kita im sensiblen Kurgebiet hat sich der Heimbetreiber inzwischen verabschiedet.

Kommentare